

- 2 **Inflation** Öl befeuert die Teuerung
- 3 **Bürgergeld** Mythos „Totalverweigerer“
- 4 **Homeoffice** Aufruf zur Rückkehr ins Büro sorgt oft für Frust
- 6 **Elektromobilität** Klare Strategie gefragt
- 7 **Industrie** Insourcing – Spielraum für Mitsprache

**KONJUNKTUR**

# Iran-Krieg kostet Wachstum

Der Konflikt in Nahost dürfte laut IMK den Aufschwung deutlich bremsen. In einem Risikoszenario würde das Wachstum 2026 fast vollständig zum Erliegen kommen.

Die deutsche Wirtschaft kann in diesem Jahr um 0,9 Prozent und 2027 um 1,6 Prozent wachsen. Voraussetzung dafür ist, dass der Iran-Krieg nicht über den Sommer hinaus andauert, die Energielieferungen durch die Straße von Hormus im Sommer wieder ungehindert laufen und die Öl- und Gas-Infrastruktur der Golfstaaten nicht substanziell beschädigt wird. Von diesem Szenario geht das IMK in seiner neuen Konjunkturprognose aus. Gegenüber der vorherigen Prognose vom Dezember 2025 fällt die Wachstumserwartung für 2026 um 0,3 Prozentpunkte niedriger aus.

Die Energiepreise werden sich laut den Ökonomen nach dem starken Anstieg bis zum Jahresende wieder normalisieren. Ab dem zweiten Halbjahr dürften die positiven Impulse erhöhter staatlicher Investitionen und eines wieder anziehenden privaten Konsums die Wirtschaftsentwicklung bestimmen. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt im Jahresdurchschnitt 2026 um 0,2 Prozent ab, die Arbeitslosigkeit steigt geringfügig um 30 000 Personen auf knapp 2,98 Millionen im Jahresmittel, die Arbeitslosen-

quote liegt bei 6,3 Prozent wie im Vorjahr. Für 2027 veranschlagen die Forschenden einen minimalen Anstieg der Erwerbstätigenzahl um jahresdurchschnittlich 0,1 Prozent. Die Arbeitslosigkeit sinkt um knapp 20 000 Personen, die Quote bleibt bei 6,3 Prozent.

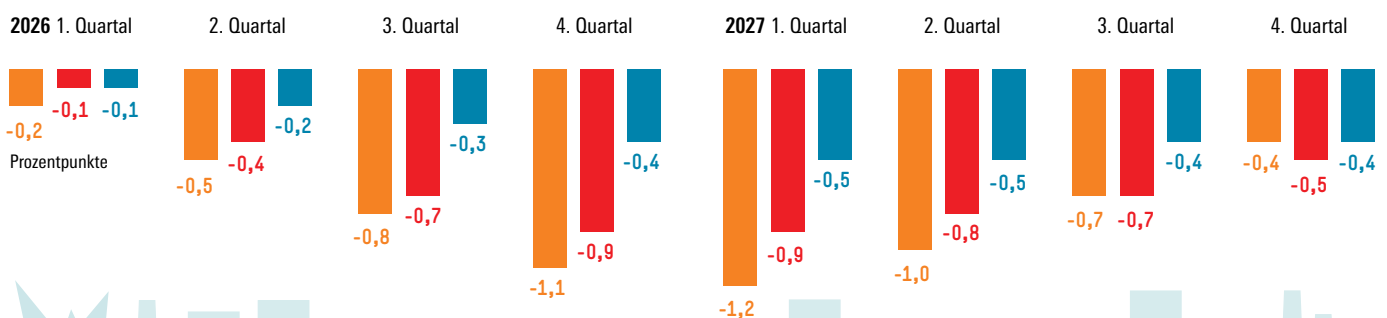
Sollten die kriegerischen Auseinandersetzungen der USA und Israels mit dem Iran länger anhalten oder der Konflikt weiter eskalieren, könnte der bis zum Kriegsausbruch erwartete wirtschaftliche Aufschwung im laufenden Jahr ausfallen: In einem Negativszenario würde das Bruttoinlandsprodukt laut IMK 2026 um allenfalls 0,2 Prozent zunehmen, 2027 um 1,4 Prozent.

Bei einem Kriegsende bis zum Sommer seien „die Bedingungen für einen selbsttragenden Aufschwung noch gegeben“, schreiben die Ökonomen. „Vorausgesetzt sind allerdings eine besonnene Geldpolitik und eine aktive Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die transformative Investitionen vorantreibt und gegebenenfalls einen Beitrag zur Sicherung der Preisstabilität leistet.“ > > >

## Risiko Energiepreisschock

So stark würde ein langer Iran-Krieg das Wirtschaftswachstum senken ...

Deutschland USA Welt



Konkret solle die EZB umgehend signalisieren, dass sie die Leitzinsen nur erhöhen würde, wenn die Versorgungspässe über den Sommer hinaus anhalten und der Energiepreisschub Zweitrundeneffekte auslöst. Die Politik müsse sicherstellen, dass die Mittel aus dem Sondervermögen wirklich in zusätzliche Investitionen fließen. Für den – aktuell unwahrscheinlichen – Fall einer verfestigten höheren Inflation sollte sie Vorbereitungen treffen, indem sie beispielsweise Maßnahmen zur Deckelung von Energiepreisen ins Auge fasst oder eine Neuauflage der Inflationsprämie.

„Im Februar haben wir noch darüber nachgedacht, die Prognose für 2026 anzuheben, weil zunehmend positive Signale kamen, bis hin zu den Industrieaufträgen. Eine durchgreifende Erholung war absehbar. Das verhaseln nun zumindest zum Teil die wirtschaftlichen Effekte des Kriegs, schlimmstenfalls verschärfen sie das Risiko einer Deindustrialisierung in Deutschland“, sagt IMK-Direktor Sebastian Dullien.

Es sei in dieser Situation besonders wichtig, die Ursachen für den Rückschlag sauber einzuordnen, betont der Ökonom: „Die deutsche Wirtschaft leidet unter Entscheidungen ausländischer Politiker, nicht unter klassischen Standort- oder Wettbewerbsproblemen. Zugespielt gesagt: Wenn der Iran-Krieg die Energiepreise hochtreibt oder die amerikanische und die chinesische Regierung durch Zollbarrieren, Subventionen oder gezielte Abwertung ihrer Währungen Exporte aus Europa ausbremsen, hilft es nichts, im Inland mit Druck auf die Löhne, Deregulierung bei der Arbeitszeit oder aktionistischen Einschnitten bei der sozialen Sicherung zu reagieren. Im Gegenteil: Damit schwächen wir den privaten Konsum als aktuell besonders wichtigen Stabilitätsfaktor.“ <

Quelle: Christian Breuer u.a.: Irankrieg und Energiepreisschock gefährden wirtschaftliche Erholung – Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2026/2027, IMK-Report Nr. 200, März 2026 [Link zur Studie](#)

## INFLATION

# Öl befeuert die Teuerung

In den kommenden Monaten dürfte der Iran-Krieg die Inflation in die Höhe treiben. Bis zum Jahresende könnte der Effekt aber nachlassen.

Der Preisschock bei Energie, insbesondere Öl, dürfte die Inflationsrate in Deutschland im zweiten Quartal 2026 auf merklich über 2,5 Prozent erhöhen. Dabei werden Alleinerziehende und Paarfamilien mit niedrigen und mittleren Einkommen etwas stärker belastet als Alleinlebende und als Familien mit hohem Einkommen, weil in ihren Warenkörben Ausgaben für Autokraftstoffe mehr Gewicht haben. Zu diesem Ergebnis kommt der neue Inflationsmonitor des IMK.

In welchem Maße die höheren Energiepreise auch weitere Waren und Dienstleistungen für unterschiedliche Haushalte verteuern, kann aktuell noch nicht genau abgeschätzt werden. Dauert der Krieg nicht länger als wenige Monate, könnten die Auswirkungen auf die Inflation insgesamt aber begrenzt bleiben. Konkret: Wird die Blockade der Straße von Hormus im Sommer wieder aufgehoben und bleibt die Öl- und Gasinfrastruktur der Golfstaaten weitgehend intakt, dürften die Rohöl- und Erdgaspreise im weiteren Jahresverlauf wieder auf das Niveau von Ende 2025 zurückfallen, prognostiziert IMK-Expertin Silke Tober. Hintergrund: Der bereits seit Jahren mit Sanktionen belegte Iran spielt für die Energieversorgung Deutschlands keine relevante Rolle. Daher ist der dauerhafte Effekt gering – anders als im Kontext des russischen Überfalls auf die Ukraine, als mit Russland ein wesentlicher Lieferant ausfiel.

„Zwar wird die Inflation kurzfristig deutlich über zwei Prozent steigen, im kommenden Jahr aufgrund von Basiseffekten jedoch deutlich darunter liegen“, schreibt Tober. Die Europäische Zentralbank sollte die Leitzinsen vorerst nicht erhöhen, zumal die hohen Energiepreise ohnehin die europäische Wirtschaft und insbesondere die Industrie belasten

und eine Zinserhöhung die Konjunktur noch einmal zusätzlich bremsen würde, so die Ökonomin.

Tober hat berechnet, wie stark sich eine Verteuerung der Kraftstoffpreise auf die haushaltsspezifischen Inflationsraten auswirkt und wie hoch die Kosten bei unverändertem Verbrauch ausfallen. Ausgehend vom Niveau im Februar 2026 steigert ein Anstieg der Kraftstoffpreise um 20 Cent je Liter – Super E10 auf 1,96 Euro pro Liter und Diesel auf 1,92 Euro pro Liter – die allgemeine Inflationsrate direkt um 0,41 Prozentpunkte.

Den höchsten Anstieg der Inflationsrate um jeweils 0,6 Prozentpunkte verzeichnen dabei Familien mit geringem und mittlerem Einkommen sowie Alleinerziehende mit mittlerem Einkommen. Einkommensstarke Alleinlebende befinden sich mit 0,4 Prozentpunkten im Mittelfeld, während einkommensschwache Alleinlebende, die in der Regel keinen Pkw besitzen, mit 0,2 Prozentpunkten die geringste Inflationsbelastung durch die höheren Kraftstoffpreise aufweisen. <

Quelle: Silke Tober: IMK Inflationsmonitor: Kraftstoffpreise bereits im Februar spürbar gestiegen, deutsche Inflation sinkt dennoch auf 1,9%, IMK Policy Brief Nr. 210, März 2026 [Link zur Studie](#)



### NEUES AUS DER FORSCHUNG

Das neue Forschungsmonitoring „Arbeit der Zukunft“ listet aktuelle Publikationen auf zu Themen wie Standards für digitale Arbeitsformen, Beschäftigung im Wandel oder KI und sozial-ökologische Transformation.

[https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-009358](https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-009358)

# Mythos „Totalverweigerer“

Die Vorwürfe halten sich hartnäckig: Arbeitsunwillige würden das Sozialsystem in großem Stil ausnutzen. Doch die Fakten sagen etwas anderes.

Bürgergeldbeziehenden wird oft unterstellt, sie seien faul und arbeitsunwillig. Solche Vorurteile dienen Teilen der Politik als Begründung für Sozialkürzungen und strengere Sanktionen. Dabei ist die Gruppe derjenigen, die sich einer Arbeit komplett verweigern, in Wahrheit extrem klein, wie René Böhme und Irene DINGELDEY von der Universität Bremen in einem Beitrag in den Vierteljahreshften zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung und in einem Blogbeitrag für das WSI zeigen. Wer Menschen in den Arbeitsmarkt integrieren möchte, sollte aus ihrer Sicht nicht Sanktionen verschärfen, sondern andere Maßnahmen ergreifen: Dazu gehören die Förderung von Qualifizierung und Weiterbildung, die Erleichterung der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit, die realistische Erfassung gesundheitlicher Einschränkungen und die Schaffung eines „sozialen Arbeitsmarkts“ für Personen mit geringen Vermittlungschancen.

Böhme und DINGELDEY zufolge krankt die Debatte bereits daran, dass fälschlicherweise davon ausgegangen wird, alle Bürgergeldbeziehenden stünden dem Arbeitsmarkt uneingeschränkt zur Verfügung. Von den rund 5,7 Millionen Menschen im Bürgergeldbezug waren Ende 2024 etwa 1,7 Millionen nicht erwerbsfähig, vor allem Kinder und Jugendliche. Weitere rund 825 000 waren zwar erwerbstätig, erzielten jedoch ein Einkommen, das nicht zur Existenzsicherung reicht. Gründe dafür können niedrige Stundenlöhne, unfreiwillige Teilzeit, Sorgerepflichtungen oder der erhöhte Bedarf in Haushalten mit Kindern sein. Etwa 1,3 Millionen waren zwar formal erwerbsfähig, standen aber für die Vermittlung in ein Arbeitsverhältnis nicht zur Verfügung, zum Beispiel wegen laufender Qualifizierungen, Betreuungspflichten oder Krankheit. Übrig bleiben nur rund 1,8 Millionen tatsächliche Arbeitslose im Bürgergeldsystem.

## Hürden beseitigen statt Strafen verhängen

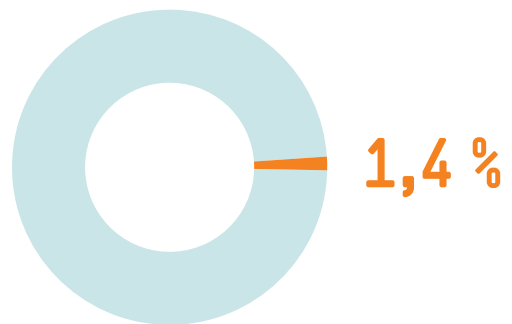
Die meisten dieser Menschen seien nicht arbeitslos, weil sie nicht arbeiten wollen, sondern weil viele Hindernisse – Langzeitarbeitslosigkeit, gesundheitliche Einschränkungen, höheres Alter oder Sorgerepflichtungen – zusammenkommen, schreiben Böhme und DINGELDEY. Bei Langzeitarbeitslosigkeit, die rund 35 Prozent aller Arbeitslosen betrifft, verschlechtern sich mit zunehmender Dauer die Vermittlungschancen deutlich. Rund zwei Drittel der arbeitslosen Leistungsberechtigten verfügen über keinen anerkannten Berufsabschluss – für die meisten offenen Stellen werden jedoch Fachkräfte gesucht. Fast die Hälfte der Bürgergeldbeziehenden nennt gesundheitliche Probleme als Hauptgrund für den Leistungsbezug, insbesondere psychische Erkrankungen. Fast die Hälfte der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten besitzt keine deutsche Staatsangehörigkeit. Für viele von ihnen stellen verzögerte Anerkennungsverfahren, Sprachbarrieren, aufenthaltsrechtliche Unsicherheiten oder

Diskriminierung am Arbeitsmarkt große Hürden dar. In anderen Fällen erschweren Sorgerepflichtungen und damit einhergehende Vereinbarkeitsprobleme die Erwerbstätigkeit. Rund 13 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sind alleinerziehend, überwiegend Frauen.

Der Anteil der sogenannten „Totalverweigerer“ liegt laut Bundesagentur für Arbeit bei weniger als einem halben Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Dennoch konzentriert sich die öffentliche Debatte vor allem auf diese vergleichsweise kleine Gruppe. Aus Einzelfällen werde ein vermeintlich großes Problem gemacht, so die Forschenden. Mit Forderungen nach strengeren Sanktionen ließen sich die Hindernisse jedoch nicht aus dem Weg räumen. Im Gegenteil: Sanktionen erhöhten den Druck im System sowie die psychische Belastung und behinderten so eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt. Zudem verursachten

## Überschätzte Kosten

Von seiner Wirtschaftsleistung wendete Deutschland 2024 für das Bürgergeld auf ...



Quelle: BMAS 2025

Hans Bäckler  
Stiftung

sie erhebliche soziale Härten – etwa für Familien, Alleinerziehende oder ältere Leistungsbeziehende.

„Die Figur des ‚arbeitsunwilligen Arbeitslosen‘ gehört zu den langlebigsten Mythen der sozialpolitischen Debatte – und sie erlebt derzeit eine bemerkenswerte Renaissance“, sagt Bettina Kohlrausch, wissenschaftliche Direktorin des WSI. In den Diskussionen um die Abschaffung des Bürgergeldes habe sich alles nur um die Frage gedreht, wie vermeintliche Fehlanreize durch angeblich zu hohe Leistungen beseitigt und Missbrauch verhindert werden können. Die entscheidende Frage, wie Armut wirksam verringert werden kann, sei hingegen nicht thematisiert worden. „Wer den Sozialstaat stärken will, sollte nicht Mythen pflegen, sondern soziale Ungleichheit bekämpfen“, so Kohlrausch. <

Quellen: René Böhme, Irene DINGELDEY: Die Renaissance des „arbeitsunwilligen Arbeitslosen“ im öffentlichen Diskurs, Vierteljahreshfte zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung, 4/2025 [Link zur Studie](#)

Dies.: Die Rückkehr des „arbeitsunwilligen Arbeitslosen“, WSI-Blog Nr. 21, März 2026 [Link zur Studie](#)

# Aufruf zur Rückkehr ins Büro sorgt oft für Frust

Mehr Präsenz und weniger Homeoffice – das fordern Arbeitgeber verstärkt. Die Gründe dafür werden selten überzeugend dargelegt. Leidtragende sind häufig Mütter.

Rund ein Drittel der Erwerbstätigen in Deutschland, die auch mobil arbeiten, sind in den letzten Jahren von ihren Arbeitgebern aufgefordert worden, häufiger im Betrieb präsent zu sein. Viele von ihnen sind mit den sogenannten „Return-to-Office“-Initiativen (RTO) unzufrieden. Das gilt insbesondere für Personen, die zu Hause auch die Kinderbetreuung übernehmen – also überwiegend Mütter. Zugleich sehen Beschäftigte mit Leitungsfunktion mehr Präsenz im Büro positiver als Beschäftigte ohne Führungsaufgaben. Das zeigt eine Studie von Yvonne Lott und Eileen Peters vom WSI.

Die Auswertung basiert auf der WSI-Erwerbspersonenbefragung, bei der Personen im erwerbsfähigen Alter seit April 2020 regelmäßig zu ihrer Arbeits- und Lebenssituation befragt werden. Die Forscherinnen haben Daten der jüngsten Erhebungswelle von November und Dezember 2025 ausgewertet und dabei nur diejenigen berücksichtigt, deren Hauptjob wenigstens teilweise für das Homeoffice geeignet ist. Insgesamt waren dies rund 2600 Personen.

## Arbeitgeber fordern Rückkehr ins Büro

Seit Beginn der Corona-Pandemie hat sich das Homeoffice von einer Ausnahme zum festen Bestandteil der Arbeitswelt entwickelt. Während vor 2020 weniger als ein Fünftel der Beschäftigten teilweise im Homeoffice arbeitete, liegt der Anteil seit Mitte 2022 stabil bei rund einem Drittel. In den meisten Fällen handelt es sich um Arrangements, bei denen tageweise zwischen Betrieb und Zuhause gewechselt wird.

Viele Erwerbstätige haben laut den Forscherinnen ihren Alltag darauf ausgerichtet, zumindest an einigen Tagen pro Woche im Homeoffice zu arbeiten. Allein weil das Pendeln zur Arbeitsstelle an diesen Tagen entfällt, können zahlreiche Beschäftigte Beruf und Privatleben besser vereinbaren. Manche haben einen Job bei einem weiter entfernt liegenden Arbeitgeber übernommen. Allerdings bleibt der Zugang zum Homeoffice stark von der ausgeübten Tätigkeit abhängig, sodass nicht alle Beschäftigten gleichermaßen von dieser Entwicklung profitieren. Zudem rufen einige Arbeitgeber ihre Beschäftigten in letzter Zeit ins Büro zurück oder schränken die Möglichkeiten für Homeoffice ein. Dieser Trend ist nicht nur im Ausland, etwa in den USA, zu beobachten, sondern auch in Deutschland. Bekannte Beispiele dafür sind Volkswagen, SAP oder zuletzt das Werbeunternehmen Ströer.

## Im Schnitt drei Tage Präsenz

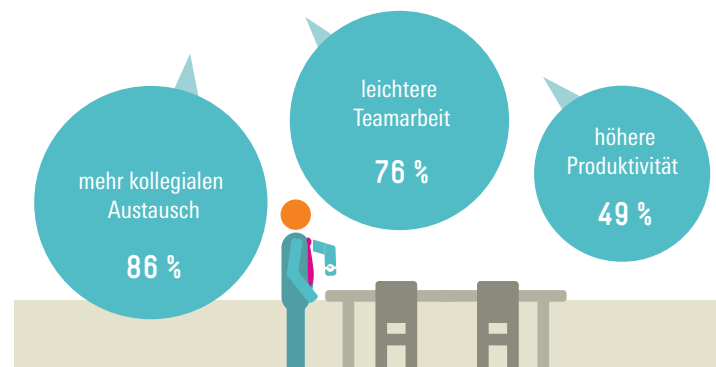
Die Studie zeigt, dass es sich dabei nicht um Einzelfälle handelt. Laut Lott und Peters geben 34 Prozent der befragten Beschäftigten, die auch mobil arbeiten, an, dass in ihrem Betrieb eine verstärkte Rückkehr aus dem Homeoffice angeordnet wurde. Bei 21 Prozent ist es dazu in den zwölf Mo-

naten vor der Befragung gekommen, bei weiteren 13 Prozent schon vorher. Im Durchschnitt wollen die Arbeitgeber eine Präsenz von drei Arbeitstagen pro Woche im Betrieb.

Rund 28 Prozent der Beschäftigten in Betrieben mit einer RTO-Initiative sind der direkten Vorgabe gefolgt. Weitere rund 50 Prozent hatten ihre Präsenz bereits vor der formalen Anweisung wieder erhöht. Hingegen sind 21 Prozent der Aufforderung nicht nachgekommen. Von diesen Personen sagen 82 Prozent, dass für ihre Tätigkeit keine verstärkte Anwesenheit erforderlich sei. 64 Prozent lehnen es grund-

## Wie Arbeitgeber mehr Präsenz begründen ...

Als Gründe für die Rückkehr ins Büro nannten die Betriebe laut Beschäftigten ...



Quelle: Lott, Peters 2026

sätzlich ab, häufiger im Betrieb zu arbeiten. Knapp 39 Prozent verweisen auf bestehende schriftliche Homeoffice-Vereinbarungen. Für rund ein Drittel ist eine stärkere Präsenz vor Ort aus praktischen Gründen, etwa aufgrund von Betreuungsverpflichtungen, nicht möglich.

## Besserer Austausch als häufigste Begründung

Etwa die Hälfte der Befragten gibt an, dass ihre Vorgesetzten oder Arbeitgeber die Anweisung, ins Büro zurückzukehren, begründet hätten. Von den Beschäftigten, die eine Begründung erhalten haben, sagen 86 Prozent, dass die Rückkehr ins Büro laut ihren Vorgesetzten oder dem Arbeitgeber den kollegialen Austausch fördern soll. 76 Prozent der Beschäftigten geben an, dass die Erleichterung der Teamarbeit als Grund genannt wurde. Eine Verbesserung der Produktivität oder der Arbeitsergebnisse wird von knapp der Hälfte als Begründung genannt. Die Vereinfachung von Arbeitsabläufen sowie die bessere Auslastung von Büro- oder Betriebsstätten spielen mit jeweils etwas mehr als einem Drittel eine untergeordnete Rolle.

Die Beschäftigten selbst vermuten auch andere Gründe hinter den offiziellen Erklärungen: 62 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass es dem Arbeitgeber vor al-

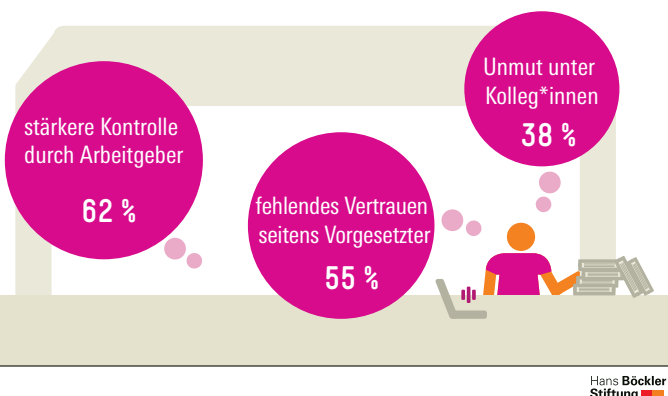
lem um stärkere Kontrolle geht. 55 Prozent denken, dass die Vorgesetzten der Belegschaft nicht vertrauen. Seltener werden der Unmut von Kolleginnen und Kollegen, die erleichterte Mitarbeiterführung oder betriebliche Umstrukturierungen beziehungsweise Stellenabbau als Gründe vermutet. Beschäftigte, denen überhaupt keine Begründung genannt wurde, neigen besonders stark zu der Annahme, dass es an Vertrauen fehlt. In dieser Gruppe vermuten vier von fünf Erwerbstätigen ein Kontrollinteresse des Arbeitgebers als Hauptgrund.

### Höchste Unzufriedenheit bei Müttern

Die Anweisung, ins Büro zurückzukehren, ist insgesamt nicht besonders populär: Auf einer Skala von 0 („ganz und gar nicht zufrieden“) bis 10 („voll und ganz zufrieden“) bewerten die Beschäftigten die Rückholinitiativen mit durchschnittlich gut 4 Punkten. Wurde ein Grund genannt, liegt die Zufriedenheit mit 4,6 Punkten höher als ohne Begrün-

### ... und was Beschäftigte vermuten

Wichtigste inoffizielle Gründe waren aus Sicht der Beschäftigten ...



dung mit 3,7 Punkten. Personen mit Leitungsfunktion bewerten die Maßnahmen mit 4,9 Punkten insgesamt positiver als Beschäftigte ohne Leitungsfunktion mit 3,9 Punkten. Sie geben aber auch häufiger an, dass ihnen ein Grund genannt wurde.

Auch zwischen Eltern und Kinderlosen bestehen erhebliche Unterschiede: So liegt die Zufriedenheit mit der Initiative bei Vätern bei 4,8 Punkten, während sie bei Müttern nur 3,6 Punkte beträgt. „Diese Unterschiede lassen sich vermutlich durch die ungleiche Verteilung unbezahlter Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern erklären“, schreiben die Forscherinnen. Deutlich geringer sind die Unterschiede zwischen kinderlosen Frauen mit 4,1 Punkten und kinderlosen Männern mit 4,3 Punkten.

Die generelle Job-Zufriedenheit ist ebenfalls geringer, wenn eine verstärkte Rückkehr in den Betrieb angeordnet wurde beziehungsweise die Beschäftigten dieser Anweisung tatsächlich gefolgt sind. Ohne eine RTO-Initiative liegt sie im Durchschnitt bei 6,9 Punkten, mit einer Initiative bei nur 6,5 Punkten.

Beschäftigte ohne Leitungsfunktion berichten im Fall einer RTO-Initiative von einer höheren beruflichen Belastung als Beschäftigte in Betrieben ohne Einschränkung

### Viele sind unzufrieden

So hoch war die Zufriedenheit\* mit Return-to-Office-Initiativen ...



\*auf einer Skala von 0 („ganz und gar nicht zufrieden“) bis 10 („voll und ganz zufrieden“); Quelle: Lott, Peters 2026

Hans Böckler Stiftung

von Homeoffice. Für Führungskräfte ergab sich hingegen kein bedeutsamer Unterschied im Belastungserleben. Das könnte daran liegen, dass Beschäftigte mit Leitungsfunktion eine verstärkte Präsenz im Betrieb besser kompensieren können, beispielsweise durch eine höhere Jobautonomie oder größere zeitliche Spielräume, so Lott und Peters.

### Deregulierung verschärft die Lage

Das Fazit der Forscherinnen: „Die Ergebnisse machen deutlich, dass für Beschäftigte mit Sorgeverantwortung, vor allem Mütter, eine verstärkte Präsenz im Büro mit erheblichen organisatorischen Hürden verbunden sein kann – gerade angesichts bestehender Lücken in der Betreuungsinfrastruktur. Eine mögliche Konsequenz ist, dass die Betroffenen ihre Erwerbsarbeitszeit reduzieren oder ihre Erwerbstätigkeit zeitweise ganz unterbrechen.“

Verschärft werde dieser Widerspruch dadurch, dass RTO-Initiativen mit Forderungen nach einer Einschränkung des Rechts auf Teilzeit und der vor allem von der Union propagierten Abschaffung der täglichen Höchstarbeitszeit zusammentreffen. „Diese Pläne beziehungsweise Forderungen offenbaren eine besorgniserregende Ignoranz gegenüber den Lebensrealitäten vieler Beschäftigter in Teilen der Politik“, so Lott und Peters. Wenn auf unterschiedlichen Ebenen die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben erschwert werde, könnte das am Ende zu weniger statt zu mehr Arbeitsvolumen führen, warnen die Forscherinnen.

WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch unterstreicht die Risiken einer oberflächlichen Arbeitszeitdebatte für Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt: „Einfach die Zügel anzuziehen, im Unternehmen wie auf politischer Ebene, könnte absolut kontraproduktiv wirken. Denn das erhöht die Hürden für Erwerbstätigkeit, insbesondere von Frauen“, sagt die Soziologin. „Damit würde genau die positive Entwicklung ausgebremst, die dazu geführt hat, dass das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen heutzutage deutlich höher ist als in früheren Jahrzehnten.“ <

Quelle: Yvonne Lott, Eileen Peters: Zurück ins Büro? Verbreitung, Hintergründe und Folgen von Return-to-Office-Initiativen, WSI Policy Brief Nr. 95, März 2026 [Link zur Studie](#)

# Klare Strategie gefragt

Um die Klimaziele zu erreichen, müssen Europas Autos elektrisch fahren. Das erfordert Unterstützung der Industrie wie der Verbraucher – und kein politisches Hin und Her.

Der Ausstoß an Treibhausgasen in der EU ist seit 1990 um 37 Prozent gesunken. Nur im Verkehrssektor sieht der Trend anders aus: Hier haben die Emissionen gegenüber dem gut 30 Jahre zurückliegenden Referenzzeitpunkt um 18 Prozent zugenommen. Darauf weist Sandrine Levasseur vom Pariser Wirtschaftsforschungsinstitut OFCE in einer als IMK-Studie erschienenen Untersuchung hin. Wenn die EU bis 2050 klimaneutral werden will, wie sie es sich vorgenommen hat, müssen die Emissionen des Verkehrssektors drastisch sinken. Dafür sind elektrische Antriebe statt Verbrennungsmotoren der effektivste Weg.

Trotz des hohen Energieaufwands bei der Batterieproduktion überholen E-Autos Verbrenner in Sachen Klimaschutz bereits nach 17 000 bis 40 000 Kilometern Fahrleistung, wie Studien zeigen. Doch die Elektrifizierung kommt nicht schnell genug voran. Mit mehr als 17 Prozent Elektroautos bei den Neuzulassungen, das entspricht 1,9 Millionen Fahrzeugen, lag die EU 2025 zwar deutlich vor den USA mit 7,8 Prozent und 1,3 Millionen Fahrzeugen oder Japan – 1 Prozent, 48 000 Fahrzeuge –, blieb aber massiv hinter China zurück, wo fast 31 Prozent der neu angemeldeten Autos elektrisch fahren. Das sind 8,1 Millionen Fahrzeuge.

Die Schwierigkeiten in Europa sind vielfältig. Europäische Autohersteller stehen unter hartem Wettbewerbsdruck, denn chinesische Anbieter verkaufen E-Autos zu Preisen, die um 20 Prozent niedriger liegen. Insbesondere am unteren Ende des Spektrums, wo es um bezahlbare Fahrzeuge für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen geht, klafft bei hiesigen Herstellern eine Lücke. Elektrofahrzeuge made in Europe sind auch deshalb teuer, weil die Kostenvorteile der Massenproduktion noch nicht ausgeschöpft werden können: In Europa dauert ein Autoleben 12 bis 15 Jahre und nur ein relativ kleiner Teil der privaten Haushalte kauft überhaupt Neuwagen. Das sieht in China anders aus, wo dank erheblicher Steigerungen der Einkommen Erstkäufer dominieren. Die „Nischennatur“ des europäischen Marktes für Elektrofahrzeuge begrenzt die Produktpalette und auch die für Forschung und Entwicklung verfügbaren Mittel, so die Ökonomin Levasseur.

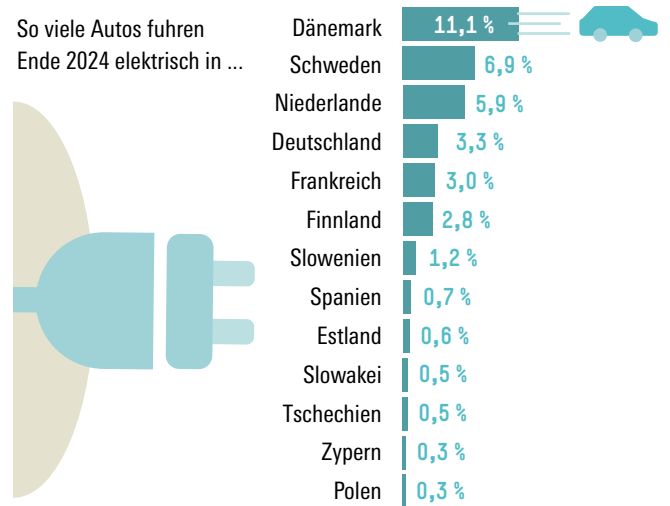
Was tut die Politik? Sie macht viele kleine Schritte, manchmal nach vorn und manchmal zurück. So wird der beschlossene Stichtag – 2035 –, nach dem keine Verbrenner mehr zugelassen werden dürfen, wieder infrage gestellt. Vor allem aus Furcht vor Arbeitsplatzverlusten in der Autoindustrie werden bereits beschlossene Emissionsvorschriften für Autos mit Diesel- oder Benzinmotor wieder gelockert. Einfuhrzölle sollen chinesische Konkurrenten fernhalten, die dank staatlicher Subventionen einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil haben. Staatliche Prämien für den Kauf von Elektroautos werden gewährt und wieder gestrichen. Mit öffentlichen Geldern werden Unternehmen gelockt, in großem Stil die Batterieproduktion – das

Herzstück der Elektromobilität – in Europa aufzunehmen. Denn 83 Prozent der Batterien werden in China hergestellt, in Europa nur 7 Prozent.

Was bislang fehlt, so Levasseur, ist die eindeutige Linie. Es müsse vorangehen statt zurück, es bedürfe eines „klaren und starken Signals an die Autoindustrie“: Am Ziel, die Fahrzeugflotte in der geltenden Frist emissionsfrei zu bekommen, sollte nicht gerüttelt werden. Vorgaben zu Mindestanteilen von Elektrofahrzeugen in Fuhrparks von Unternehmen und im öffentlichen Nahverkehr könnten die

## Skandinavien vorn

So viele Autos fahren  
Ende 2024 elektrisch in ...



Quelle: Levasseur 2026

Hans Bockler  
Stiftung

E-Auto-Quote erhöhen. Zwischen staatlicher Ebene und Industrie müssten verbindliche Übereinkünfte erzielt werden. In zentralen Punkten wie der Batterieproduktion müsse der Staat den Unternehmen unter die Arme greifen. Im Gegenzug dürfe die Industrie aber nicht nur das liefern, was am profitabelsten ist, sondern das, was dringend gebraucht wird: kleine, leichte, günstige E-Autos. Es helfe nicht, so die Forscherin, die chinesische Konkurrenz einfach aussperren zu wollen. Im Gegenteil: Inzwischen sei die europäische Autoindustrie auf Technologietransfer aus China angewiesen. Dazu seien Partnerschaften nötig, die eine Balance zwischen Beschäftigungssicherung in Europa und Kostensenkung herstellen. Auch die Autofahrerinnen und Autofahrer sollten unterstützt werden, wenn sie beim Fahrzeugkauf einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Das ließe sich mit beschäftigungspolitischen Zielen verbinden: E-Auto-Prämien könnten an einen hinreichenden Anteil an Made-in-Europe-Komponenten im Fahrzeug geknüpft werden. <

Quelle: Sandrine Levasseur: Electric Mobility in Europe: Reconciling the Ecological Transition with Industrial Survival, IMK Study Nr. 104, März 2026 [Link zur Studie](#)

# In sourcing: Spielraum für Mitsprache

Ob Unternehmen ausgelagerte Leistungen wieder eingliedern, hängt nicht nur von ökonomischem Kalkül ab, sondern auch von mikropolitischen Prozessen.

Ist Outsourcing out? Während „schlanke Produktion“ lange Zeit im Trend lag, dreht sich die aktuelle Debatte angesichts der Erfahrungen durch Pandemie und Kriege eher um die Sicherung von Lieferketten – zu der auch die Rückverlagerung von Aktivitäten beitragen kann. Tatsächlich finde Insourcing im verarbeitenden Gewerbe in nennenswertem Umfang statt, erklären Markus Hertwig von der Ruhr-Universität Bochum, Sandra Jaworeck von der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und Carsten Wirth von der Hochschule Darmstadt, die sich in einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie mit dem Thema beschäftigt haben. Ihren Ergebnissen zufolge spielen in diesem Zusammenhang „der innerbetriebliche Diskurs, vorherrschende Sichtweisen und Normen sowie die jeweiligen Machtverhältnisse innerhalb der Organisation eine zentrale Rolle“. Betriebsräte könnten Einfluss nehmen, indem sie sich aktiv in die Debatte einbringen und Koalitionen mit Managementfraktionen suchen, die ein ähnliches Interesse haben. „Bisher waren die innerbetrieblichen Entscheidungsprozesse, die zu Insourcing-Entscheidungen führen, eine Blackbox“, so Christina Schildmann, Direktorin der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung. „Die gewonnenen Einsichten helfen Betriebsräten und Aufsichtsräten, Insourcing strategisch voranzutreiben.“

Für die Studie wurde 2021 eine Befragung durchgeführt, an der sich 1091 Managerinnen und Manager von Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes mit mindestens 20 Beschäftigten beteiligt haben. Zusätzlich wurden im Rahmen von neun Fallstudien insgesamt 43 Personen aus Management, Betriebsräten und Gewerkschaften interviewt.

Laut der Auswertung haben 28 Prozent der Unternehmen in den drei Jahren vor dem Befragungszeitpunkt ausgelagerte Leistungen wieder in den Betrieb integriert. Zur Auslagerung von Leistungen ist es im selben Zeitraum bei 33 Prozent gekommen, sowohl zu Insourcing als auch zu Outsourcing bei 13 Prozent. Besonders hoch ist der Insourcing-Anteil in der Lebensmittelbranche, was mit dem Verbot von Werkverträgen in der Fleischwirtschaft zusammenhängen dürfte, und im Fahrzeugbau, wo Elektronik und Elektromobilität an Bedeutung gewonnen haben. Auch die Größe spielt eine Rolle: Mittlere Unternehmen mit 50 bis 199 Beschäftigten verlagern besonders häufig Aufgaben zurück. Eine mögliche Erklärung: Kleine und mittelständische Unternehmen könnten eher von „Outsourcing Failures“ betroffen sein, bei denen sich die Erwartungen an die Auslagerung nicht erfüllen. Das liegt oft daran, dass ihnen die Steuerungskompetenz und Durchsetzungsfähigkeit gegenüber Lieferanten fehlt.

Bei den Motiven für Insourcing zeige sich eine immense Bandbreite, schreiben die Forschenden. Flexibilitätssteigerung stufen 77 Prozent der Befragten als wichtig bis sehr wichtig ein, die Verbesserung der Arbeitsabläufe 70 Prozent, Wissenserweiterung 58 Prozent. „Motive für Insourcing unterscheiden sich nicht wesentlich von denen für Outsourcing:

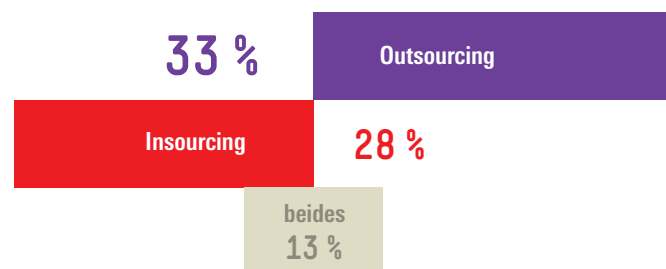
Um Flexibilisierungs- und Effizienzgewinne zu erzielen, wählen Unternehmen offenbar je nach innerbetrieblicher Konstellation gegensätzliche Strategien“, heißt es in der Studie.

Die Auswirkungen auf das Unternehmen bewertet ein Großteil der Managerinnen und Manager positiv. Als Vorteile genannt werden unter anderem Qualitätssteigerungen und neues Wissen. Auch die Beschäftigten profitieren in der Regel: Es entstehen neue Jobs, die Arbeitsbedingungen derjenigen Beschäftigten verbessern sich, die zuvor beispielsweise als Werkvertragsarbeitskräfte tätig waren – auch wenn das Niveau der Stammebelegschaft bisweilen nicht ganz erreicht wird.

Bei 12 Prozent aller befragten Unternehmen war ein Betriebsrat an der Entscheidung für Insourcing beteiligt. Wenn man allein die mitbestimmten Unternehmen betrachtet, beträgt der Anteil 34 Prozent. Diese Größenordnung verwundere nicht, denn echte Mitbestimmungsrechte hätten Betriebsräte in diesem Zusammenhang nur bei nachgelagerten Sachverhalten wie der Veränderung betrieblicher Abläufe, dem Aufbau von Personal oder Qualifizierungsbedarf, erklären Hertwig, Jaworeck und Wirth. Einfluss könnten sie vor allem durch „gute Argumente“ nehmen.

## Die Industrie strukturiert um

In Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe gab es in den drei Jahren vor 2021 ...



Quelle: Hertwig u. a., 2026

Hans Böckler  
Stiftung

In den Fallstudien zeige sich, dass das regelmäßig gelingt: „In den meisten dieser Fälle waren Betriebsräte zwar nur für das Wie des Insourcings von zentraler Bedeutung, aber in einzelnen Fällen waren sie sogar für das Ob entscheidend, da sie Koalitionen schmieden konnten, denen die Durchsetzung eines Insourcings durch politische Prozesse gelang.“ Zentral sei der „mikropolitisch geschickte Einsatz unterschiedlicher Ressourcen in Aus- und Verhandlungsprozessen“ durch Betriebsräte, Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter im Aufsichtsrat. <

Quelle: Markus Hertwig, Sandra Jaworeck, Carsten Wirth: Insourcing im Verarbeitenden Gewerbe, Study der HBS-Forschungsförderung Nr. 498, März 2026 [Link zur Studie](#)

# IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin; Rainer Jung, Leiter Öffentlichkeitsarbeit der Hans-Böckler-Stiftung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann, Katja Wolf

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-230

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls. Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an [redaktion-impuls@boeckler.de](mailto:redaktion-impuls@boeckler.de).

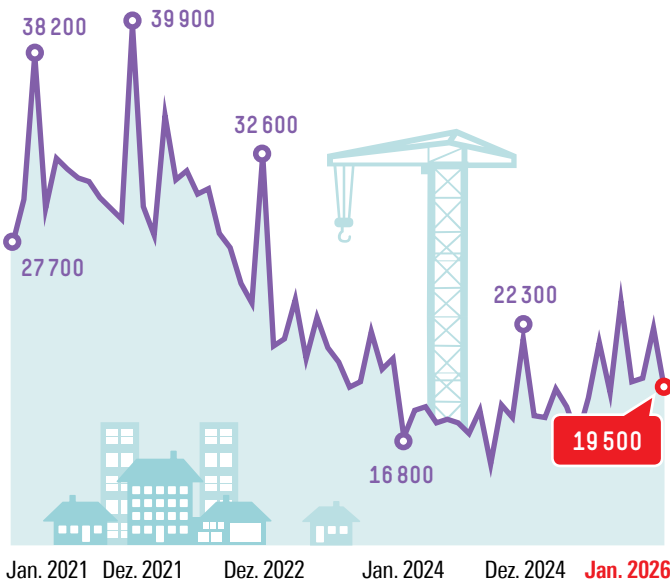
Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen: [www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm](http://www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm)

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter: [www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO\\_Printmedien\\_Presse.pdf](http://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf)

## WOHNEN

### Trendwende am Bau?

So viele neue Wohnungen wurden in Deutschland genehmigt ...



Quelle: Destatis, März 2026 [Link zur Studie](#)

## PFLEGE

### Mehr Auszubildende in der Pflege



Rund 64 300 Personen haben 2025 einen Vertrag für eine Ausbildung zur Pflegefachfrau beziehungsweise zum Pflegefachmann abgeschlossen. Das sind etwa 8 Prozent oder 4900 mehr als im Vorjahr. Der Frauenanteil betrug 71 Prozent. Insgesamt gab es mit rund 158 000 so viele Auszubildende wie noch nie seit Einführung der generalistischen Pflegeausbildung. <

Quelle: Destatis, März 2026 [Link zur Studie](#)

## BILDUNG

### 10 500 Euro pro Kind

So hoch waren 2024 die Ausgaben je Schülerin oder Schüler an ...

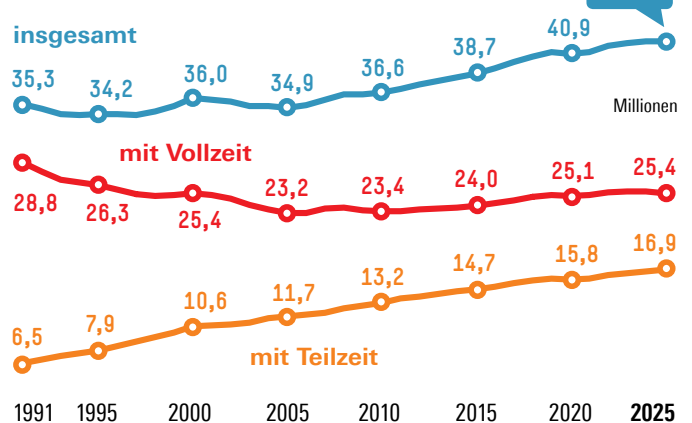
Gesamtschulen	12 500 €
Gymnasien	11 700 €
Realschulen	10 400 €
Grundschulen	9 000 €
beruflichen Schulen	7 600 €
insgesamt	10 500 €

Quelle: Destatis, März 2026 [Link zur Studie](#)

## BESCHÄFTIGUNG

### Wachstum dank Teilzeit

So entwickelte sich die Zahl der Beschäftigten ...



Quelle: IAB, März 2026 [Link zur Studie](#)